

Biographische Skizze

Richard Creutzburg: Der Feuerkopf (1905–1936)

Martin Creutzburg

Richard Christian Creutzburg gehört zu den vielen jungen Idealisten, die in der Weimarer Republik für soziale Gerechtigkeit und ein besseres Leben der Arbeiterschaft kämpften und deren Biographien keiner kennt. Er stammt aus einer Familie, die seit mehr als neun Generationen im und vom Thüringer Wald lebte, alle Vorfahren waren Schreiner, Dielenschneider, Zimmerleute. Er wuchs in der Gegend um Tabarz auf, in der der Name Creutzburg keine Seltenheit ist.

Er wurde am 21. Januar 1905 in Tabarz bei Gotha als neuntes und vorletztes Kind des Schreinermeisters Alfred Creutzburg und seiner Frau Karoline, einer Zimmermannstochter, geboren.

Die Familie war bis 1907 auf zehn Kinder angewachsen: Wilhelm, Friedrich, August, Minna, Karl, Paul, Ernst, Otto, Richard und Friedel. Sie mußten, um einigermaßen existieren zu können, schon frühzeitig durch Heimarbeit zum Lebensunterhalt beitragen: durch Knopf- und Spielzeugfertigung, Heimmontagen für die Elektroindustrie, Brot ausfahren, Zeitungen austragen u.a.m.

Hinzu kam, daß der Vater infolge seiner politischen Einstellung - er war Mitglied der Sozialdemokratie, hatte an den Parteitag der SPD in Eisenach und Gotha teilgenommen und war außerdem noch Gewerkschaftsfunktionär - fast überall gemäßregelt wurde. So blieb es nicht aus, daß die Familie verhältnismäßig oft den Wohnort wechseln mußte. Wenn der Vater eine neue Arbeit gefunden hatte, zog die Familie hinterher: 1909 von Tabarz nach Remstädt, Kreis Gotha, 1911 von Remstädt nach Sättelstädt, Kreis Gotha, 1913 von Sättelstädt nach Ruhla, Kreis Eisenach. Das war für die kontinuierliche schulische Bildung der Kinder nicht günstig, förderte andererseits aber schnelles Eingewöhnen in eine andere Umgebung und neue soziale Kontakte.

Unter welcher erbärmlichen Bedingungen die Kinder aufwuchsen, ist heutigen Generationen nur schwer zu vermitteln. Die Kinder schliefen zu dritt in einem Bett, die Betten standen auf dem Dachboden, der natürlich nicht beheizbar, im Winter eisig kalt und im Sommer brütend warm war. Die Sorge der Eltern war, das Überleben der Kinder einigermaßen zu sichern. Alles in allem war es eine äußerst ärmliche Kindheit, so daß alle Kinder, sobald sie volljährig waren, möglichst rasch aus der Enge der elterlichen Wohnung entfliehen wollten.

Richard war noch ein Kind, als nach dem Attentat von Sarajevo und dem Ultimatum von Österreich-Ungarn an Serbien am 1. August 1914 der Erste

Weltkrieg begann, an dem 65 Millionen Soldaten teilnahmen, von denen 20 Millionen verwundet und zehn Millionen getötet wurden. Wilhelm Creutzburg, der älteste Bruder, fiel 1916 mit 28 Jahren „für Kaiser Wilhelm und das deutsche Vaterland“. Auch die älteren Brüder Friedrich, Karl und Paul mußten in den Krieg ziehen.

1916 versuchten die Eltern, durch Umzug ins Rheinland der täglichen Misere des Kampfes um die Existenz zu entkommen, und siedelten sich in Wiesdorf/Leverkusen an, in der Hoffnung, bei der Farbenfabrik Friedrich Bayer & Co. eine bessere Grundlage für das Leben der Familie zu finden. Infolge des Krieges, in dem die männliche Jugend verheizt wurde, suchte die Industrie dringend Arbeitskräfte. Die älteren Geschwister Friedrich, August, Minna und Karl hatten ihre Wurzeln schon in der Thüringer Heimat geschlagen, und so trennte sich die Familie in einen thüringischen und einen rheinischen Zweig.

Richard konnte nach Abschluß der Volksschule in Wiesdorf keinen Beruf erlernen, weil das von ihm verdiente Geld zum Lebenserhalt der Familie benötigt wurde. Ein Jahr nach der Übersiedlung ins Rheinland starb am 25. September 1917 die Mutter. Das Familienleben wurde noch schwieriger.

Im Jahre 1918 heiratete Vater Alfred ein zweites Mal, um für die im Hause verbliebenen fünf Kinder Paul (20), Ernst (18), Otto (16), Richard (13) und Friedel (11) eine Mutter zu haben. So konnte auch die Tradition der Hausmusik im Hause Creutzburg, Montanusstraße 8, fortgesetzt werden. Doch starb Emma Creutzburg schon nach etwas über einjähriger Ehe. Als der Vater daraufhin nach kurzer Zeit ein drittes Mal heiratete, diesmal eine wesentlich jüngere Frau, Laura, war das Familienleben zu Ende. Die Kinder verließen das Haus, sogar die Jüngste, Friedel, zog zu ihrer Schwester Minna nach Ruhla, um dort die Schule abzuschließen.

Der Weg in die KPD

Richard begann zu dieser Zeit, als einfacher Fabrikarbeiter in Wiesdorf/Leverkusen bei der Farbenfabrik Bayer zu arbeiten. Das politische Engagement des Vaters und die von ihm übernommene Idee, der Sache der sozialen Gerechtigkeit zu dienen, die ärmlichen Lebensumstände der Familie und das Vorbild der älteren Geschwister hatten die politische Entwicklung der jüngeren Familienmitglieder wesentlich beeinflusst: Fast alle wurden im entsprechenden Alter Mitglied der SPD, USPD und KPD.

Bruder Fritz war seit 1908 Mitglied der Gewerkschaft und seit 1913 Gewerkschaftsfunktionär im Verband der Zimmerer, später Betriebsrat bei Carl Zeiss in Jena; seit 1909 Mitglied der SPD, danach der USPD und mit der Vereinigung von USPD und KPD 1920 Mitglied der KPD, später Mitglied der Bezirksleitung Großthüringen der KPD und viele Jahre bis 1933 Stadtrat in Jena. Bruder August, seit 1909 in der Gewerkschaft und in der SPD, war ebenso ab 1917 in der USPD und ab 1920 in der KPD. Ab Ende März 1924 war er Politischer Sekretär in den Bezirksleitungen der KPD Magdeburg-Anhalt, Wasserkante, Niederrhein, Saargebiet, Pfalz und ab Juni 1929 Leiter der Organisationsabteilung des ZK der KPD. Sein Bruder Otto war im Dezember 1918 dem Deutschen

Metallarbeiterverband beigetreten, wurde im Frühjahr 1919 Mitglied der Jugendorganisation der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), die damals in Wiesdorf gegründet worden war.

Schon als Lehrling wurde Richard wegen seiner Antikriegspropaganda gemäßigelt und mußte die Lehre aufgeben. Beim Streik in der Farbenfabrik 1921 wurde er gemeinsam mit seinen Brüdern Otto, Ernst, Paul und dem Vater Alfred Creutzburg als Rädelsführer entlassen. So kam er schon früh auf schwarze Listen der Arbeitgeber. Er engagierte sich sehr aktiv in der kommunistischen Jugendbewegung in Köln. Bereits 1923, mit 18 Jahren, war er Mitglied in der Landagitationskommission der KPD Mittelrhein. Am 26. August 1923 wurde er in der Bezirksleitungssitzung der KPD Ruhrgebiet als Jugendleiter gewählt. Als Sekretär der Kommunistischen Jugend des KPD-Bezirks Mittelrhein wirkte er vor allem im Unterbezirk Köln. Im April 1923 hatte man ihn in die Plenarzentrale [entsprach dem Zentralkomitee in der KPD] der Kommunistischen Jugend Deutschlands gewählt. Im Protokoll der Zentrale vom 8. April wird er als aufmüpfiger Diskutant zitiert: „Die SAJ-Führer haben ihre Mitgliedschaft fest in der Hand. ...Deshalb ist die vorgeschlagene Taktik falsch...Wir müssen in die Parteidiskussion schon jetzt eingreifen und nicht erst warten, bis die Partei sie erledigt hat. Aufgabe der Zentrale ist es, die Arbeit in den Bezirken nicht nur zu beobachten, sondern auch [in sie] einzugreifen.“¹ Die Sozialistische Arbeiterjugend, die erst im Juni 1919 durch Beschluß des Weimarer Parteitags der SPD zustande kam, wurde offensichtlich besser geführt als die Kommunistische Jugend Deutschlands, die schon im Oktober 1918 als Freie Sozialistische Jugend gegründet worden war und sich am 11./12. September 1920 in Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) umbenannt hatte.

1923/1924 wurde die Kommunistische Jugend Deutschlands von Heinrich Pütz geleitet. An der Tagung der Plenarzentrale am 11. August 1923 nahmen unter anderem teil: Pütz, Rudolf, Reinhard, Grunert, Kuhn, Graeser, Schneider, Leibbrand, Kress, Auer, Creutzburg, Häbich, Wiedmaier, Pfothenhauer, Blenkle, Seidler. Im Protokoll dieser Sitzung hieß es: „Beschwerde des Büros über den Genossen Creutzburg: In die Kommission zur Prüfung der Beschwerde werden gewählt - die Genossen Auer, Wiedmaier, Häbich. Die Genossen vertreten nach Prüfung des Materials folgenden Standpunkt: Der Gen. Creutzburg hat Recht, daß ein Teil der Materials viel zu spät in seine Hände geraten und dadurch die Arbeit erschwert worden ist. Zu verurteilen ist der Ton, den der Gen. Creutzburg sich im schriftlichen Verkehr mit dem Büro erlaubt. Dadurch wird das Ansehen und die Autorität des Büros untergraben und eine erfolgreiche Arbeit unmöglich gemacht. Der Genosse Creutzburg erklärt, in Zukunft einen anderen Ton anschlagen zu wollen; die sachlichen Beschwerden müsse er aufrecht erhalten.“² Als einfacher Arbeiterjunge, der erst 18 Jahre alt war, hatte er noch keine Erfahrungen mit solchen „Büros“. Das sollte sich bald ändern.

1 Protokolle der Plenarzentrale der KJD April 1922, Mai 1923, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), RY 1/I 4/ 1/ 19, Bl. 139.

2 Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1923, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 21, Bl. 72.

Das Jahr 1923 war für die Entwicklung in Deutschland ein überaus geschichtsträchtiges Jahr. Die Inflation strebte in Deutschland dem Höhepunkt entgegen und trieb zahllose Menschen in den Ruin. Das Lebensniveau der arbeitenden Bevölkerung sank. Die politische Situation verschärfte sich schlagartig, als am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten. Das Ruhrgebiet wurde durch Zollschranken vom übrigen Deutschland getrennt. Anlaß zu dieser Okkupation waren rückständige Reparationsleistungen Deutschlands, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben hatten. Im Mai kam es zum Streik von 380.000 Berg- und Hüttenarbeitern im Ruhrgebiet. Auch in Schlesien und Berlin kam es zu Streiks. Am 12. August 1923 wurde die Regierung Cuno durch einen Generalstreik gestürzt und unter Einbeziehung der SPD die Regierung Stresemann gebildet.

Die Führung der durch die Vereinigung von KPD und USPD entstandenen VKPD überschätzte durch die erreichte Mitgliederstärke den wirklichen Einfluß der Partei, verkannte die reale politische Lage und wollte auf der Basis der von August Thalheimer, Paul Frölich und Wilhelm Koenen entwickelten „Offensivtheorie“ die Offensive ergreifen. Dazu trug außerdem in erheblichem Maße das Einwirken der Kommunistischen Internationale bei. So plante man in Moskau, in 2000 km Entfernung, einen „Deutschen Oktober“.

Anfang Oktober 1923 wurden in Sachsen und Thüringen linke Koalitionsregierungen aus SPD und KPD gebildet. Am 20. Oktober beschloß die Zentrale der KPD, immer noch der „Offensivtheorie“ anhängend und in Verkennung der realen Kräfteverhältnisse, den Aufruf zum sofortigen Generalstreik in Deutschland und anschließenden bewaffneten Aufstand.

Die von den sächsischen Landesministern Heckert (KPD), Böttcher (KPD) und Graupe (SPD) für den 21. Oktober nach Chemnitz einberufene Konferenz der Vertreter der proletarischen Kontrollausschüsse, der Betriebsräte, Konsumgenossenschaften, Erwerbslosen und Gewerkschaften zeigte aber, daß die Losung - sofortiger Beginn des Generalstreiks - nicht real war. Daraufhin wurde zwar der Beschluß der KPD-Zentrale vom 20.10.1923 einen Tag später, am 21.10.1923, rückgängig gemacht, aber in Unkenntnis dieser Kehrtwendung begann am 23. Oktober der „Hamburger Aufstand“, der am 25. Oktober abgebrochen werden mußte, weil es keine weitere Unterstützung gab.

Am 21. Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein, dabei gab es in Freiberg 42 Tote. Der Reichskanzler Gustav Stresemann als ehemaliger Syndikus des Verbandes der sächsischen Industrie hatte für die Klagen der sächsischen Industriellen über die „kommunistische Gefahr“ in Sachsen ein offenes Ohr und setzte am 29. Oktober die linke Koalitionsregierung Erich Zeigners ab. Als dieser sich weigerte zurückzutreten, wurde wie 1920 in Sachsen-Gotha die Reichsexekution erklärt, Reichspräsident Ebert (SPD) entthob den SPD-Ministerpräsidenten Dr. Zeigner rechtswidrig seines Amtes und setzte Heinze von der Deutschen Volkspartei Partei (DVP), der Partei der deutschen Großindustrie, als Reichskommissar ein. Die bayrischen konservativen und faschistischen Putschisten in der „Ordnungszelle Bayern“ hingegen ließ man gewähren.

Eine Woche später marschierte die Reichswehr auch in Thüringen ein, und am 5. November wurde die Thüringische linke Koalitionsregierung abgesetzt.³ Die Ereignisse boten nunmehr den Anlaß, die KPD am 23.11.1923 zu verbieten. Erst am 1. März 1924 wurde das Verbot wieder aufgehoben.

In der KPD und in der Komintern wurden nach der Oktober-Niederlage 1923 in Deutschland Schuldige gesucht. Die Sündenböcke fand man rasch – Heinrich Brandler und August Thalheimer, die führenden Köpfe der KPD bis zu ihrer Abberufung nach Moskau. Dort nahm man sie in die KPdSU⁴ auf und untersagte ihnen anschließend per Beschluß des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) und des Politbüros der KPdSU, sich in die Angelegenheiten der KPD einzumischen. So waren beide jahrelang sozusagen „kominterniert“. Trotz formeller Aufhebung dieses Beschlusses Ende 1926 wurde ein Hin und Her zwischen dem ZK der KPdSU und dem ZK der KPD organisiert, das bis 1929 anhielt, um beide auch weiter als „Rechte“ erbittert zu bekämpfen, wie man aus einem Schreiben von Brandler und Thalheimer vom 19. Dezember 1928 an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und an das Politbüro der KPdSU entnehmen kann: „...Seit einigen Jahren werden wir mehr oder weniger systematisch an der politischen Betätigung innerhalb der Partei, die wir mitbegründet haben, innerhalb der KPD, gehindert.“⁵

Aber zurück zu Richard Creutzburg. Am 22./23.1.1924 fand in Berlin eine Plenartagung der KJD statt, an der er teilnahm. Hier wurde die politische Lage und die Situation in der Partei [nach dem Verbot], der Bericht des „Kopfes“ über die nächsten Aufgaben [in der Jugendorganisation], die Lage des Verbandes und die Aufgaben seiner Umorganisation sowie Verschiedenes, darunter der Text der Resolution zu den o.g. Themen, debattiert und festgestellt, daß es Differenzen in der KPD gäbe, die eine Spaltung brächten. Der Zentralauschuß sei ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen in der Partei gewesen. Nach dem Verbot hätte die KPD halt- und direktivlos dagestanden. Es seien viele Fehler gemacht worden, und nun müsse der Kurs nach links führen, die Partei müsse sich klar nach rechts abgrenzen. Eine ernste Krise gäbe es auch in der russischen Partei. Die Entwicklung der Genossen Trotzki und Radek sei sehr gefährlich und würde von der Parteimitte abgelehnt. Die Einstellung der KPD auf die Illegalität sei nur organisatorisch erfolgt. Es zeige sich ein großes Unvermögen, illegal tätig zu sein. Es gäbe nur schwache Verbindung zu den Betrieben. Ein starker Mitgliederrückgang um 50 % sei zu verzeichnen. Die Umstellung auf Betriebszellen sei schwierig, es seien fast alle Zellen verloren gegangen. Der größte Teil der Mitglieder sei

3 Siehe Klaus Kinner: *Der deutsche Kommunismus*, Band 1, Berlin 1999; Josef Schwarz: *Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923, Hoffnungen und Scheitern*, Schkeuditz 2000.

4 Die mehrfach wechselnde Abkürzung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion lautete bis 1925 RKP(B), 1925-1952 VKP(B), nach 1952 KPSS; im vorliegenden Text wird durchgängig – ausgenommen sind Zitate – die seit 1925 in deutschsprachigen Dokumenten der Komintern geläufige Abkürzung KPdSU verwendet.

5 Grundsatzfragen; Auseinandersetzung mit oppositionellen und parteifeindlichen Kräften und Gruppierungen in der Partei; Fraktion der Rechten und Versöhnler 1928, SAPMO, RY 1/I 2/ 3/ 69, Bl. 411-414; siehe dazu auch Jens Becker/Theodor Bergmann/Alexander Watlin (Hrsg.): *Das erste Tribunal. Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek*, Mainz 1993.

erwerbslos. Es wäre falsch zu sagen, daß die SPD der politische Feind der Arbeiterschaft sei, und deshalb Verhandlungen abgelehnt würden. Die Formulierung von Thalheimer sei falsch, da man nicht vom Sieg des Faschismus über die November-Demokratie sprechen könne.

Zu jener Zeit hatte die KJD aus dem Kreise der Plenarzentrale einen „Kopf“ bestimmt, der etwa dem Politbüro der KPD entsprach, also die Arbeit zwischen den Tagungen der Plenarzentrale leiten sollte. Ihm gehörten anfangs etwa fünf bis sechs Personen an, ab 1924 umfaßte er acht bis elf Mitglieder. In der Diskussion über die Resolution zur Lage in der Partei, die vom „Kopf“ vorgelegt worden war, wurden die Thesen von Sinowjew zur „Oktoberniederlage“, die Thesen Trotzki und Radeks und die Formulierungen Brandlers/Thalheimers erwähnt.

„Auf dem Boden der von Brandler und Thalheimer vorgelegten Thesen“

Auf dem IV. Weltkongreß der KI im November/Dezember 1922, dem letzten, an dem Lenin noch teilgenommen hatte, waren als Hauptmittel des Kampfes gegen den Faschismus die Taktik der Einheitsfront und, um die Einheitsfront herzustellen, die Losung der Arbeiterregierung aufgestellt worden. Diese Thesen hatten Brandler und Thalheimer als richtig erkannt und unterstützt.

Sinowjew hatte diese Thesen nunmehr „modifiziert“, indem er die Arbeiterregierung als Pseudonym für die Diktatur des Proletariats, d. h. lediglich als agitatorische Finte, und die Einheitsfront ebenfalls als Methode der Agitation und Mobilisierung der Massen gegen die Sozialdemokratie erklärte. Vom Sieg des Faschismus über die Novemberdemokratie, wie Thalheimer formulierte, könne man nicht sprechen, da die Sozialdemokratie noch mit an der Regierung sei. Deshalb würde die Sozialdemokratie mehr oder weniger sozialfaschistischen Charakter annehmen.

In der Diskussion auf der Plenartagung zur oben genannten Resolution der KJD äußerte Richard: „...Wir müssen uns erst klar werden und können infolgedessen eine Festlegung auf eine bestimmte These nicht durchführen. Infolgedessen müssen wir die Abstimmung ablehnen. Man kann unsere Stellungnahme zur Abstimmung nicht als Feigheit bezeichnen. Man hätte uns die Thesen rechtzeitig vorlegen sollen. Ich erkläre für meine Person, daß ich mit dem Genossen Brandler übereinstimme.“⁶

Der junge Richard wollte also erst in Ruhe die Thesen des „Kopfes“ der Plenarzentrale lesen, sich eine Meinung bilden und erst danach abstimmen. Er wollte nicht einfach, dem „Kopf“ folgend, seine Hand heben, aber damit blieb er in der Minderheit. Die Abstimmung ergab zwölf Stimmen für die Thesen des „Kopfes“, drei dagegen, zwei Enthaltungen. Auch in der weiteren Diskussion erklärte der junge Richard: „...Ich stehe auf dem Boden der von Brandler und Thalheimer vorgelegten Thesen.“⁷ Eine solche unangepaßte eigenständige Denk- und Handlungsweise sollte für ihn unangenehme Folgen haben.

Brandler und Thalheimer hatten in ihrer Erklärung zur Oktoberniederlage darauf verwiesen, daß deren Hauptursachen objektiver Natur gewesen seien. Erstens habe

⁶ Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1924, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 22, Bl. 35.

⁷ Ebenda, Bl. 36.

die Partei keine feste Mehrheit hinter sich gehabt, und sie sei zweitens nicht stark genug gewesen, um die schwankenden Stimmungen der Arbeiterschaft und deren Sympathien zusammenzufassen. Außerdem verwies sie auf revolutionshemmende Faktoren wie Übermacht des Klassengegners, Kapitulation der SPD und des ADGB vor der Reichswehr, Konsolidierung der Staatsgewalt, pazifizierende Wirkung der Lebensmittelpreissenkungen. Die Thesen des „Kopfes“ entsprachen denen des EKKI und der KPD-Zentrale und stellten als Hauptursache der Oktoberniederlage das subjektive Versagen der KPD-Führer Brandler und Thalheimer und deren Berater Radek und Pjatakow fest, die man zu Rechtsopportunisten erklärte.⁸

In der Plenarzentrale der KJD am 14. Februar 1924 wurde die Frage aufgeworfen, was mit den „Rechten“ in den Leitungen der Organisationen geschehen sollte? Die Abwahl des Genossen Richard Creutzburg durch den Bezirksausschuß Mittelrhein Ende Januar 1924 wurde anerkannt. Das bedeutete, daß man Richard zwischenzeitlich als „Rechten“ „entlarvt“ hatte. Im übrigen wurde die Frage nicht grundsätzlich entschieden. Eine neue Stellungnahme sei notwendig, da es eine neue Sachlage gäbe.⁹ Zu vermuten ist, daß seine Wahl als Delegierter zum Bezirksparteitag die erwähnte neue Sachlage war. Richard war Delegierter zum Mittelrheinischen Bezirksparteitag der KPD in Köln 1924, der am 23./24. Februar stattfand. Von der Zentrale waren Thälmann und Stoecker anwesend. Der rücksichtslose Kampf gegen die „Rechten“ wurde propagiert und besonders gegen die Unterstützung der russischen Opposition durch die „rechte Gruppe“ vom Leder gezogen. In dem Bericht über den Bezirksparteitag der KPD Mittelrhein am 23. und 24. Februar hieß es unter anderem: „...In der Diskussion zu den politischen Referaten sprach u.a. der Genosse Creutzburg [Richard], Leiter der Jugend Köln. Die Bezirksleitung stellte fest, der Genosse Creutzburg steht in den taktischen Fragen noch weiter rechts wie Brandler, was er auch offen zum Ausdruck brachte.“¹⁰ In die neue Bezirksleitung wurden gewählt: Eugen Eppstein zum Politleiter; Wilhelm Florin zum Orgleiter; Jean Winterich zum Gewerkschaftssekretär. Richard Creutzburg wurde nicht wieder zum Jugendleiter gewählt.

Unter der Flagge der Bekämpfung der „Rechten“ um Brandler und Thalheimer wurde mit der Entfernung von Andersdenkenden und Mißliebigen aus allen Gremien und Leitungsorganen der Partei begonnen. Der Schwenk nach „links“ bedeutete Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit, parlamentarische Arbeit lediglich zur „Entlarvung“ der SPD, Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SPD, da die KPD die „einzige Arbeiterpartei“ Deutschlands sei.

Die KPD war in der Komintern nach der KPdSU die größte Partei, so daß die Stalinsche Fraktion nach der Oktober-Niederlage 1923 bei der Suche nach den Schuldigen die Chance erkannte, die bisherige relative Eigenständigkeit der KPD zu brechen, indem man Brandler und Thalheimer für vier Jahre nach Moskau berief, um sie von der KPD zu trennen. In der KPD hatten sich drei Gruppen, die um die

8 Siehe Die Internationale, Jg.7, 1924, Sonderheft zum Reichsparteitag 1924; siehe dazu auch Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001.

9 Siehe KJD Protokolle der Kopsitzungen 1923-1925, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 32, Bl. 11.

10 Bezirksparteitage Mittelrhein 1924/1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 2, Bl. 1.

Macht kämpften gebildet, die „Rechten“: Brandler, Thalheimer, Jacob Walcher; die „Mittelgruppe“: Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Ernst Meyer, Wilhelm Koenen; und die „Linken“: Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Iwan Katz, Ernst Thälmann.

Auf dem illegalen 9. Parteitag der KPD vom 7.-10. April 1924 in Offenbach und Frankfurt/Main wurde eine neue Führung unter Ruth Fischer, Werner Scholem und Arkadij Maslow gewählt. Auch Ernst Thälmann kam als „Linker“ mit in die neue Führung. Die Mittelgruppe (Remmele, Eberlein, Ewert, Koenen, Pieck, Ulbricht) konnte sich mit ihren Vorschlägen zur Arbeit in den Gewerkschaften und zur Organisationsarbeit nicht durchsetzen. Trotzdem kamen Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Ernst Schneller als Vertreter dieser Gruppe in die Zentrale. Alle übrigen waren Kandidaten der „Linken“: Ruth Fischer, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Iwan Katz, Arthur König, Arkadij Maslow, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht, Werner Scholem, Max Schütz, Ernst Thälmann.

Dazu kam, daß sich in der Komintern und in der KPD mit dem wachsenden Einfluß Stalins das Prinzip der kritiklosen Ergebenheit der Mitglieder gegenüber der jeweiligen Parteilinie und Führung zum Kern der Parteidisziplin durchsetzte. Damit verbunden waren Gesinnungsschnüffelei und Hinausdrängen alternativen marxistischen Denkens, die als Mittel zur „Säuberung“ und „Stärkung der Einheit der Partei“ galten, wodurch die demokratischen Möglichkeiten mehr und mehr eingeengt wurden.

Der V. Weltkongreß der Komintern im Juni/Juli 1924, der erste nach Lenins Tod, begann mit der „Verurteilung des Trotzismus“ und der Feststellung, daß die „Bolschewisierung“ das Hauptkettenglied der weiteren Arbeit“ für alle kommunistischen Parteien sei. Das war der Weg in den Stalinismus. Er bestätigte die Thesen von Sinowjew, der eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung mit der Diktatur des Proletariats gleichgesetzt und zur Sozialdemokratie erklärt hatte, daß sie „mehr oder weniger sozialfaschistischen Charakter annehme“. Zwar wurde die Ablehnung des Kampfes um die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung noch verurteilt, aber die Einheitsfront sollte nur von „unten“ hergestellt werden. Verhandlungen mit den Führungen sozialdemokratischer Parteien und Organisationen waren damit unmöglich gemacht worden.

Die Plenarzentrale der KJD mußte am 26.10.24 im Referat zur politischen Lage feststellen: „...Mittelrhein ist der schlechteste Bezirk. Er liegt organisatorisch und politisch darnieder: Unsere Ortsgruppe Köln, die 1.800 Mitglieder hatte, zählt noch 200, während die SAJ, die 200 Mitglieder zählte, jetzt 1000 hat.“¹¹ Solchermaßen machte sich die „Reinigung“ von „rechten Opportunisten“ bemerkbar.

Am 13. Februar 1925 äußerte der Vertreter aus Solingen in der Sitzung der Bezirksleitung der KPD Niederrhein: „...ich glaube bestimmt, daß der Genosse Creutzburg Beziehungen zu rechten Genossen im Reich hat. Wir haben allerdings keine Beweise dafür.“¹² Die Überlegung, die zu diesem Schluß führte, war simpel: Richard Creutzburg hatte in Wiesdorf, das zum unteren Kreis Solingen gehörte,

11 Protokolle der Plenarzentrale der KJD 1924, SAPMO, RY 1/I 4/ 1/ 22, Bl. 99.

12 Sitzungen der Bezirksleitung Niederrhein 1921; 1923-1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 20/ 8, Bl. 24.

gegen die Resolution der Bezirksleitung gestimmt, so daß eine Diskussion zustande kam; deshalb mußte der jüngste der Gebrüder Creutzburg ein „Rechter“ sein. Das genügte den „Kämpfern für die Reinheit der Partei“ für weitere Verdächtigungen.

Auf dem Mittelrheinischen Bezirksparteitag der KPD am 13./14. Juni 1925 konnte immerhin festgestellt werden, daß sich der Mitgliederstand konsolidiert hatte und die Erwerbslosigkeit von 80% auf 50% zurückgegangen war. Richard Creutzburg erklärte hier: „Man soll nicht von einer neuen Taktik reden. Es ist nur die Anwendung des Bolschewismus auf Deutschland. In den Betrieben und Gewerkschaften wird sich die Taktik bald von selbst durchsetzen. Die Arbeit in den Parlamenten muß in engster Verbindung mit der Arbeiterschaft erfolgen. Man muß die gemachten Fehler diskutieren und den Genossen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“¹³

Der 10. Parteitag der KPD vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin brachte die organisatorische Gleichschaltung mit der KPdSU, indem ein Politbüro, ein Zentralkomitee, ein Orgbüro und ein Sekretariat installiert wurden. Damit wurde der durch den V. Kominternkongreß vom Juni/Juli 1924 beschlossenen „Bolschewisierung als Hauptkettenglied der weiteren Arbeit“ entsprochen. Die Auseinandersetzungen um die Arbeit in den Gewerkschaften und den Parlamenten wurden verschärft weiter geführt. Die Betriebszelle wurde zum Fundament der Parteiorganisation erklärt.

Als Folge des Linkskurses in der Politik schwand der Einfluß der KPD. Dies ist auch an der sinkenden Mitgliederzahl der KPD ablesbar. Hatte die KPD im Januar 1923 noch 218.555 Mitglieder, waren es im Juli 1925 nur noch 114.204.¹⁴ Damit war die KPD an einem Tiefpunkt angelangt.

Das EKKI versandte im August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD einen „Offenen Brief“, in dem die Fehler der KPD unter der Führung der Gruppe Fischer-Maslow angeprangert und ein Kurswechsel verlangt wurde. In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wiesdorf wurde am 19. September 1925 die Resolution zum EKKI- Brief vom August 1925 behandelt. Richard Creutzburg hatte eine Gegenresolution eingebracht, die gegen sechs Stimmen abgelehnt wurde. In dieser Resolution hieß es: „Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wiesdorf begrüßt den Offenen Brief der Exekutive als einen ersten Schritt zur Gesundung der Partei und zur Stärkung ihres Einflusses. Sie billigt ihn vollständig und ist bereit, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, damit die darin geforderten Maßnahmen restlos verwirklicht werden.“

1. Die Wiesdorfer Mitglieder erblicken in der Resolution der Unterbezirksleitung Solingen und in der Resolution der Bezirksleitung Niederrhein keine ernst zunehmende Zustimmung zum Brief der Exekutive...Eine passive oder unvollständige Durchführung des offenen Briefs ist einer offenen Ablehnung gleich, ja noch gefährlicher.

13 Bezirk Mittelrhein; Bezirksparteitage 1924/1925, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 2, Bl. 8; Sozialistische Republik, Köln, Nr. 137, 15.6.1925.

14 Siehe Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands, Berlin 1969, Band 1, S.257, Band 2, S.25.

2...Die Mitgliederversammlung betrachtet es als einen Akt politischer Unehrllichkeit, wenn solche oberen Funktionäre innerhalb 24 Stunden ihre Gesinnung wechseln oder vorgeben, sie gewechselt zu haben. Derartige obere Funktionäre können nicht länger verantwortungsvolle Funktionäre bleiben. Die Mitgliederversammlung ist der Ansicht, daß dieselben im Interesse der Partei durch andere ersetzt werden müssen.

...Die fraktionelle Machtpolitik muß gebrochen werden, wenn die Partei gesunden soll. Die Wiesdorfer Mitglieder verlangen nach Abschluss der Diskussion eine Unterbezirks-Konferenz, auf der zum ersten Mal seit Frankfurt [9. Parteitag der KPD, April 1924] die Wählbarkeit der Sekretäre durchgeführt werden soll.

Gez. Richard Creutzburg, Emil Kuckelsberg, Peter Guldenberg.¹⁵

Als Redakteur für KPD-Zeitungen

Welche Hoffnungen es in der KPD in Verbindung mit diesem Kurswechsel gab, den die KPD nach der Kritik des EKKI vollzog, zeigen Ausschnitte aus einem Artikel, den Richard Creutzburg in der Zeitung „Sozialistische Republik“, Köln, publizierte.

Richard war zwischenzeitlich Redakteur dieser KPD-Zeitung des Bezirks Mittelrhein geworden, möglicherweise durch Unterstützung seines Bruders August Creutzburg, der seit September 1925 Politsekretär des KPD-Bezirks Niederrhein in Düsseldorf war. Richard veröffentlichte in der Nr. 255 vom 30. Oktober 1925 einen Artikel „Für die Linie der Komintern“ mit Fortsetzungen in Nr. 256 vom 31. Oktober 1925, Nr. 257 vom 2. November 1925 und Nr. 258 vom 3. November 1925. Weitere Fortsetzungen waren angekündigt, wurden aber nicht mehr veröffentlicht. Schon in der Nr. 256 war die Antwort der Bezirksleitung enthalten, in der der 20jährige Richard als „Rechtsabweichler“ und „Opportunist gemeinsam mit Brandler, Thalheimer, Ernst Meyer und Georg Schumann“ „entlarvt“ wurde. In seinem Artikel hieß es unter anderem:

„...Das mechanische Bejahen des offenen Briefs [der Komintern], ohne gründliches Studium der Fehler und der künftigen Aufgaben ist keine Diskussion, sondern ein Täuschungsmanöver. ...Leider muß man feststellen, daß die alten fraktionellen Phrasen von „rechter“, „linker“ und „mittlerer“ Politik noch immer aufrecht erhalten werden. Einige Genossen machen das bewußt, um die Verwischung der fraktionellen Grenzen zu verhindern, was zur Gesundung der Partei unbedingt erforderlich ist.

...Unbolschewistisch war die Absetzung und Maßregelung von 600 Funktionären, Genossen, die schon jahrelang in der Partei tätig waren und die es ablehnten, die fraktionelle Politik der Fischer-Maslow-Gruppe gegen die Komintern mitzumachen.

...Unbolschewistisch war die Unterbindung der Kritik und die Bekämpfung der Opponenten mit administrativen Maßnahmen.

...Unbolschewistisch war die Abschaffung der Parteidemokratie, das Zusammenschieben von Unterbezirkskonferenzen, Bezirksparteitagen, ja selbst des Reichsparteitages.

15 Bezirk Niederrhein; Unterbezirks-Konferenzen und Resolutionen 1921-1932, SAPMO, RY 1/I 3/ 20/20, Bl. 226/227.

Das alles hat zur Vergiftung der Partei und zur Herausbildung einer Bürokratie in der Partei geführt, die sich der Kontrolle der Mitglieder entzog. Die Partei wurde zum Exerzierplatz einiger Führer, die Manöver zur Erhaltung ihres „Prestiges“ und ihrer „Autorität“ durchführten...

...Und nun müssen wir unsre Arbeit beginnen. Nicht mehr lächerliche Entlarvungsmanöver, sondern wirkliche Einheitsfronttaktik. Mobilisierung der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter für Tagesforderungen und Teillosungen.

Nicht Leugnung des Alltags, sondern Anknüpfung an die Alltagsnöte der Massen.

Nicht pseudolinke Phrasen, sondern konkrete Tagespolitik in den Betrieben, Gewerkschaften usw.¹⁶

Den Schluß des Artikels, Teil III: „Der falsche Kurs im Bezirk Mittelrhein“, fand der Autor dieser Zeilen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in einer Mappe mit dem Titel – „Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1921-1929, 1932“. Darin setzte sich Richard Creutzburg mit dem falschen Kurs der KPD im Bezirk Mittelrhein auseinander und zeigte, daß sich der Anteil der Stimmen für die KPD bei den Wahlen ab Mai 1924 ständig verringert hatte, während die SPD Zugewinne verzeichnen konnte. Er kritisierte die unzureichende Gewerkschaftsarbeit, die verkehrte Parlamentstätigkeit, die einseitig nur auf „Entlarvung“ der SPD ausgerichtet war, die ungenügende Kommunalpolitik, den falschen Ton gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern und die unzureichende Arbeit auf dem Lande. Insbesondere setzte er sich mit der innerparteilichen Situation im Bezirk Mittelrhein auseinander. Er erklärte: „...Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker sind keine Rechten. Sie alle haben die Fehler Brandlers erkannt und sich nur dagegen gewehrt, daß man mit dem Brandlerismus auch die Grundlagen der Komintern beseitigen wollte.“¹⁷ Er zeigte die schwankende, doppelzüngige Haltung des Politleiters des Bezirks Mittelrhein Jean Winterich, der formal den EKKI-Brief anerkannte, aber weiterhin die direkte Wahl der Sekretäre, Leitungen und Delegierten zur Bezirkskonferenz unmittelbar durch die Mitglieder verhinderte.

Auf der Bezirksparteikonferenz Mittelrhein am 8. November 1925 in Köln-Nippes konnte Richard Creutzburg immerhin nochmals in der Diskussion zu seinem Artikel sprechen und ausführen, daß die Einwände gegen den Artikel dieselben seien, mit denen man seit 1 ½ Jahren jede Kritik abgelehnt hätte. Er wiederholte seine Kritik an der Bezirksleitung und insbesondere an dem Politsekretär Winterich. Philipp Dengel verlangte als Instrukteur der Zentrale in seinem Schlußwort von Richard, daß er sich scharf von Brandler abgrenzt und zunächst seine eigenen Fehler eingesteht, statt in persönlicher Form gegen die Bezirksleitung zu operieren.¹⁸

Mit der 1. Berliner Parteikonferenz der KPD Ende Oktober – Anfang November 1925 wurde die Auseinandersetzung um den „Offenen Brief des EKKI an alle

16 Sozialistische Republik, Köln, Nr. 255, 30.10.1925; Nr. 256, 31.10.1925; Nr. 258, 3.11.1925.

17 Bezirk Berlin-Brandenburg; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1921-1929; 1932, SAPMO, RY 1/I 3/ 1-2/ 64, Bl. 316-325.

18 Siehe Sozialistische Republik, Köln, Nr. 263, 9.11.1925.

Organisationen und Mitglieder der KPD“ für beendet erklärt, und Ernst Thälmann wurde anstelle von Ruth Fischer zum Vorsitzenden der KPD gewählt.

In den Unterlagen der Bezirksleitung Niederrhein der KPD fand sich folgender, aufgrund des Berichts des Gen. Frisch, Mitglied der Bezirksleitung und Zellengruppenleiter Köln-Nippes formulierter Antrag vom 29. Dezember 1925, über ein Schreiben des Genossen Creutzburg zu den Zuständen in der Zellengruppe Köln-Nippes:

„1. Die Zellengruppenmitglieder weisen die Stellungnahme des Gen. Creutzburg entschieden zurück, weil erstens es nicht der Wahrheit entspricht, daß der Gen. Creutzburg sich wiederholt um Übertragung einer Funktion an die frühere Distrikts- bzw. an die jetzige Zellengruppenleitung gewandt hat. Tatsache ist, daß der Gen. Creutzburg einmal eine Versammlung in unserem Distrikt besucht hat und auch nur dann, um als Korreferent gegen Winterich aufzutreten.

2. Aus diesem Grunde muß es verurteilt werden, daß Gen. Creutzburg es versucht, die Arbeit betreffs Umorganisation der Partei unseren Genossen als Mogelei dahinzustellen.

3. Die Behauptung des Gen. Creutzburg über die Methode der Umorganisation unserer Zellengruppe Nippes ist eine direkte Lüge.

Die Mitgliederversammlung der in unserer Zellengruppe vereinigten Betriebs- und Straßenzellen verlangt von der Bezirksleitung und der Zentrale der Partei, daß sie endlich einmal solchen Genossen wie dem Gen. Creutzburg das Handwerk legt, die durch solche demagogischen Mittel und Unwahrheiten die Arbeit der Genossen sabotieren.

Zellengruppenversammlung war von 50 Genossen besucht.

Der Gen. Creutzburg war zu dieser Versammlung besonders eingeladen, ist aber nicht erschienen.“¹⁹

Die Bezirksleitung hatte offensichtlich ihr Mitglied Frisch beauftragt, gegen Creutzburg etwas zu unternehmen, ihn zu diskreditieren, ihn als Lügner und Saboteur zur Strecke zu bringen, um so nicht über die eigentlichen, inhaltlichen, politischen Differenzen diskutieren zu müssen. So wurde Richard endgültig von politischen Leitungsfunktionen auf die journalistische Tätigkeit, zu der er offensichtlich nicht untalentiert war, festgelegt.

Der Einsatz von Redakteuren an den Zeitungen der KPD wurde durch die Zentrale in Berlin gesteuert. Wahrscheinlich wiederum durch Vermittlung seines Bruders August kam Richard 1926 als Redakteur in das Saargebiet und die Pfalz. Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD schrieb am 1. Dezember 1926 an die Bezirksleitung Saargebiet: „Inhaber dieses Schreibens, Genosse Richard Creutzburg ist der Euch für 3 Monate zur Verfügung gestellte Redakteur.“²⁰ Am 14. Dezember 1926 schrieb jedoch das Sekretariat an die Bezirksleitung Pfalz: „Die Kopfblatt-Redakteur-Frage für die Pfalz ist jetzt gelöst worden. Der Gen. Kreuzburg wird der

19 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 8, 9.

20 Sekretariat der KPD; Schriftverkehr mit Bezirksleitungen Hessen-Frankfurt, Saargebiet und Pfalz 1925-1932, SAPMO, RY 1/I 2/ 5/ 29b, Bl. 693.

Redaktion der Arbeiterzeitung für das Kopfblatt zur Verfügung gestellt.“²¹ Das Sekretariat hatte es sich mit dem Einsatz von Richard inzwischen offenbar anders überlegt, und nun mußte es die Bezirksleitung Saargebiet mahnen, weil man Richard im Saargebiet behalten wollte. Denn am 20. Dezember 1926 schrieb das Sekretariat des ZK an die Bezirksleitung Saargebiet: „...Der Genosse Creutzburg muß aber unter allen Umständen sofort nach Mannheim fahren.“²²

Richard arbeitete nun seit Dezember 1926 in der „Arbeiterzeitung“ Pfalz. Die Pfalz galt seit den Aktivitäten von Hans Weber als Bezirkssekretär 1924/25 in der Zentrale als ein Hort der Ultralinken, um so mehr als die Linksopposition in der Pfalz sich der „Weddinger Opposition“ um Ruth Fischer und Arkadij Maslow angeschlossen hatte. Der Hinauswurf von Ruth Fischer und Arkadij Maslow aus dem ZK 1925 und aus der KPD 1926 war auch dem Umstand geschuldet, daß die „Linken“ um Fischer, Maslow, Scholem, Rosenberg, Katz und Korsch größere Unabhängigkeit von Moskau erlangen wollten. Dies wurde als Feindschaft zur Sowjetunion deklariert. Die neu etablierte Führung unter Thälmann war de facto von der Komintern/KPdSU installiert, was die Mitglieder der KPD so nicht erkennen konnten, da man den „Proletarier“ Thälmann den „Intelligenzlern“ um Fischer und Maslow gegenüberstellte und so die Grundlage für den Führerkult um Thälmann schuf, der dem Kult um Stalin folgte.

Am 22. Februar 1927 erschien ein Artikel von Richard Creutzburg unter der Überschrift „Verwirrungsmanöver, Opportunismus und Konfusion“; Untertitel: „Zur Resolution der Bezirksleitung Pfalz zur Tagung der VII. Erweiterten Exekutive“. Kurz vor dem Essener Parteitag der KPD, der vom 2. bis 7. März 1927 stattfand, geht er darin auf die „Weddinger Opposition“ ein, die zum Parteitag eine eigene Plattform einbringen wolle. Ähnliches sei auch im Bezirk Pfalz zu verzeichnen, wo man eine eigene Plattform zur internationalen Lage habe. Er kritisierte verschiedene im Resolutionsentwurf der Bezirksleitung enthaltene Thesen als „revolutionäre Phraseologie“, die über die „opportunistisch-sozialdemokratische Praxis“ der Verfasser hinwegtäuschen sollen.²³ Inhaltlich ging es um die Frage der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen für die Tätigkeit der KPD, wobei Richard sich gegen die These von Maslow wandte, der Entscheidungskampf gegen das Kapital werde durch die eingetretene Stabilisierung des Kapitalismus erst nach Jahrzehnten ausgefochten werden können. Das Tempo der Entwicklung, meinte Richard, sei von der revolutionären Tätigkeit der Partei abhängig, von jener Tätigkeit, die die Gewinnung der sozialdemokratischen und indifferenten Arbeiter ermögliche. Die Kritik an den russischen Fragen der Resolutionsverfasser (Entartung der Sowjetmacht, Kulakisierung der Sowjetunion) wies er als sozialdemokratische Praxis zurück, um das Vertrauen der kommunistischen Arbeiter zur Sowjetunion zu untergraben. Dies entsprach der Thälmann/Komintern-Linie: Die Verteidigung der

21 Ebenda, Bl. 701.

22 Ebenda, Bl. 704.

23 Siehe Arbeiterzeitung Pfalz 22.2.1927, in: Sitzungen der Bezirksleitung Baden Pfalz 1921, Jan.–Sept. 1923, 1926, 1927, 1928, 1929, Jan.–Sept. 1930, SAPMO, RY 1/1 3/ 25/ 5, Bl. 43.

Sowjetunion als ersten proletarischen Staat sei die Pflicht eines jeden klassenbewußten Proletariers.

Zur Schulung nach Moskau und zurück

1927 arbeitete Richard Creutzburg als Redakteur in der „Roten Fahne“. Im gleichen Jahr heiratete er am 15. Oktober in Köln-Nippes Maria Bingen aus Köln-Merheim. Am 16. Februar 1928 wurde das erste Kind geboren, sein Sohn Rudolf.

Anfang 1928 wurde er an die Westuniversität nach Moskau delegiert, wahrscheinlich nicht ganz ohne die Mithilfe seines Bruders August Creutzburg. In einem Schreiben vom 12. Januar 1928 wollte das Sekretariat der KPD in Berlin von der deutschen Vertretung beim EKKI wissen, ob die Aufnahme von Richard befürwortet worden sei.²⁴ So reiste Richard „auf Beschluß der Partei“ nach Moskau, und seine Frau mußte ohne ihren Mann zurechtkommen. Das Familienleben eines Kommunisten war gewissermaßen seine Privatsache, die erst nach allen Anforderungen der Partei einzuordnen war. Die für die Familie zur Verfügung stehende Zeit war also äußerst knapp.

Ein gutes Dreivierteljahr nach Richards Abreise gelangte mit Datum vom 23. November 1928 der Brief eines deutschen Lenin-Schülers aus Moskau an das Sekretariat des ZK der KPD. Darin hieß es: „...Noch eine kurze Mitteilung über ein Vorkommnis an der Westuniversität. Vor zwei Tagen erhielt ich einen Brief von Gen. Wagner und Urban mit folgender Mitteilung: Der dort studierende Genosse Kreutzburg [Richard], mit dem unsere dort studierenden Genossen auf Grund seines Standpunkts, den er zu Fragen der deutschen Partei einnimmt, in der letzten Zeit des öfteren ziemlich erregte persönliche Diskussionen gehabt haben, hat sich dazu hinreißen lassen, dem Gen. Urban einen Backenstreich zu geben und zwar im Speisesaal der Schule vor der gesamten Studentenschaft. ‚Hinreißen lassen‘ ist eigentlich nicht zutreffend, denn wie mir die genannten Genossen mitteilten, geschah es nach einigen Stunden solch einer persönlichen Auseinandersetzung und mit voller Überlegung. Die Ursache war folgende (ich berichte immer nach dem, was mir die Gen. Urban und Wagner mitteilten): Schon mehrmals hat der Gen. Kreutzburg in solchen privaten Gesprächen einen Standpunkt eingenommen, der auf eine völlig offene Solidarisierung mit den Rechten hinauslief. Z.B. billigte er absolut die Bildung oder die beabsichtigte Bildung einer neuen Partei durch die Gen. Brandler und Thalheimer, bezeichnete mehrmals das deutsche ZK und dessen Mitglieder als Mamelucken, spricht ständig von einer Schweinerei Thälmanns usw. Dieser letzte Ausdruck „Schweinerei von Thälmann“ veranlaßte an dem betreffenden Tage den Gen. Urban, ihm gegenüber zu sagen, daß er (Kreutzburg) sich mal an seine eigene Nase fassen soll. Von Kreutzburg ersucht, etwas näheres darüber zu sagen, lehnte Gen. Urban dies ab. Einige Stunden später stellte Kreutzburg ihn erneut deswegen zur Rede, und als auch diesmal der Gen. Urban es ablehnte, ihm Aufklärung zu geben, ereignete sich der von mir erwähnte Fall von Tätlichkeit. Der Gen. Urban setzte sich nicht zur Wehr, was ihm ohne Frage ein Plus vor den

24 Siehe Kommunistische Internationale, Exekutivkomitee/Deutsche Sektion; Korrespondenz des ZK mit der deutschen Vertretung beim EKKI in Moskau 1928, SAPMO, RY 5/1 6/ 3/ 166, Bl. 1.

kommenden Verhandlungen im Zellenbüro und Kontrollkommission von vornherein verschaffen wird. Die gesamte Angelegenheit ist an diese Körperschaften schon übergeben. Mit seinem Ausdruck „fass Du Dich mal selbst an Deine eigene Nase“, zielte der Gen. Urban hin auf ein Vorkommnis aus dem Jahre 1923 oder 1924, was sich ereignet haben soll im Bezirk Niederrhein, wo Creutzburg Jugendleiter war und wovon Urban und Wagner Kenntnis haben durch eine Mitteilung des jetzigen Landtagsabgeordneten Gen. Ferlemann. Ich will nicht diese gewesene Sache berühren, solltet Ihr die Möglichkeit haben, mit dem Gen. Ferlemann darüber einmal zu sprechen, könnt Ihr das ja tun. Jedenfalls habe ich den Genossen geraten, daß sie diese Angelegenheit aus dem Kreis ihrer Anklage gegen Creutzburg hinaus lassen sollen, auch die „Schelle“ wegen mir, und daß sie nur die Fragen politisch stellen sollen. Wie mir auch andere Genossen mitteilten, ist dieser Creutzburg politisch ein ganz gemeiner Kerl, nebenbei gesagt, hat er Kontakt mit dem an unserer Schule befindlichen Gen. Monden; ist überhaupt eigenartig, wie diese Leute sich immer sehr schnell zusammen finden. Ich teile Euch diese Angelegenheit nur zu Eurer Information mit.

Mit kommunistischem Gruss im Namen aller deutschen Lenin-Schüler, d.h. nur der, die auf dem Boden der Mehrheit der Partei stehen

Esche (Schulname Palm).²⁵

Als „rechter“ Abweichler kam Richard Creutzburg am 19. Januar 1929 zurück nach Deutschland, wie aus nachfolgendem Schreiben hervorgeht, das Walter Ulbricht mit Datum vom 16. Januar 1929 an das Sekretariat der KPD Berlin schickte. Darin hieß es über den Ausschluß von Creutzburg [Richard]: „...Auf Antrag der Zellenleitung der Westuniversität wurde Creutzburg von der Rayonkommission aus der KPSU ausgeschlossen. Die Begründung habe ich noch nicht in den Händen, aber sie wird ungefähr folgende Punkte enthalten. 1. Ablehnung wesentlicher Teile des Programms. 2. Nichtanerkennung der Parteidisziplin. 3. Solidarisierung mit den rechten Fraktionsmachern. Der Beschluß erfolgte aufgrund einer Diskussion über meinen Bericht in einer Versammlung der Westuniversität. Aufgrund des Ausschlusses aus der Partei lag selbstverständlich kein Anlaß vor, ihn noch weiter hier in Moskau zu halten. Wir haben ihm eine Fahrkarte Moskau–Berlin verschafft. Er wird Donnerstag hier abfahren und am Sonnabend die rechte Fraktion in Deutschland durch seine Kraft verstärken. Mit bestem Gruß Walter (Ulbricht).“²⁶

Dem Schreiben der Organisationsabteilung Mittelrhein vom 26. Januar 1929, gez. M. Sommer, an das Sekretariat des ZK der KPD ist zu entnehmen: „...Am Freitag, den 25.1.1929 vormittags, kam zu unserem größten Erstaunen Gen. Richard Creutzburg auf unser Büro. Wir waren deshalb erstaunt, weil dieser Genosse in

25 Grundsatzfragen; Auseinandersetzung mit oppositionellen und parteifeindlichen Kräften und Gruppierungen in der Partei; Fraktion der Rechten und Versöhnler 1928, SAPMO, RY 1/I 2/ 3/ 69, Bl. 421,422. Den Hintergrund der hier geschilderten Vorfälle bildete die bekannte „Wittorf-Affäre“. Siehe dazu Kinner, Der deutsche Kommunismus, S.129.

26 Kommunistische Internationale, Exekutivkomitee/Deutsche Sektion; Schriftwechsel der deutschen Vertretung beim EKKI mit dem Sekretariat der KPD Berlin; 1929, SAPMO, RY 5/I 6/3/189, Bl. 4.

Moskau an der Leninschule war, aber schon 2 Tage seines Hierseins beweisen uns, was Creutzburg in den nächsten Tagen und Wochen treiben wird. Er wird mit gesteigerter Intensität die Fraktionsarbeit der Rechten in unserem Bezirk und insbesondere in Köln aufnehmen. Bereits ein Teil Genossen haben uns davon Mitteilung gemacht, daß Creutzburg beabsichtigt, in den nächsten Tagen eine unverbindliche Besprechung zu organisieren, in der er wichtige Ausführungen über die Lage in der SU im allgemeinen und in der RKP im besonderen machen wird. Wir werden natürlich alle uns als erforderlich erscheinenden Maßnahmen ergreifen, um dem Treiben des Genossen Creutzburg Einhalt zu gebieten. Sobald wir konkrete Beweise haben, daß Creutzburg mit der ihm eigenen Frivolität parteizersetzend wirken wird, werden wir auch unter Umständen vor organisatorischen Maßnahmen nicht zurückschrecken können...²⁷

Die „Rechten“ wurden fleißig beobachtet, und darüber wurde den entsprechenden Parteileitungen der KPD berichtet. In einem Bericht über eine Fraktionssitzung der „Rechten“ mit Paul Frölich am 23. November 1928 in Köln–Lilienthal wird Frölich zitiert mit den Sätzen: „...In der KPD findet ein systematischer Kampf der Thälmann-Gruppe gegen das Mitglied des Polbüro Ewert statt. In der Partei ist es Mode geworden, umzufallen nach jeder x-beliebigen Richtung, und jene Genossen, die auf den Pfiff aus Moskau hin immer wieder parieren, sind auch noch stolz darauf und sagen ja, wir haben einen Fehler gemacht, aber wir haben uns ja wieder revidiert, und jetzt sind wir wieder reine Kerle. Unweigerlich würde jeder Genosse fliegen, der es wagte, in der KPD eine andere Meinung zu haben als die der herrschenden Führerclique. Das EKKI läßt sich nur von Gesichtspunkten des innerparteilichen Kampfes der KPSU leiten, und diese werden schematisch auf andere Länder übertragen.“²⁸

In der Kölner „Sozialistischen Republik“ wurde in Nr. 66 vom 19. März 1929 zweimal vor Richard Creutzburg gewarnt: „Warnung! Die Partei warnt hiermit alle Parteigenossen vor dem früheren Parteigenossen Richard Creutzburg. Derselbe besucht Genossen in ihrer Wohnung unter dem Vorwand, ihnen Geheimnisse über die Sowjetunion zu erzählen. Creutzburg wurde von der KPD an die Westuniversität nach Moskau gesandt, um dort den Marxismus-Leninismus zu studieren. Das Vertrauen der Partei und die Gastfreundschaft des proletarischen Staates benutzte er dazu, um an einer Geheimorganisation teilzunehmen, die sich als Ziel den Kampf gegen die Sowjetunion und die KPSU gesetzt hatte. Als diese Organisation entdeckt wurde, wurde Creutzburg von der GPU an die Grenze transportiert und aus dem proletarischen Staat ausgewiesen. Dies zur Kenntnis der Genossen, damit sie ihm energisch die Türe zeigen.“²⁹ An anderer Stelle der gleichen Nummer hieß es: „Unsere rechten Liquidatoren haben ein neues Arbeitsfeld gefunden. Nachdem sie innerhalb der Partei mit ihrem Latein am Ende sind, gehen die Creutzburg, Sander, Schömann und Beier an die Freidenker heran, weil dort die Kölner Reformisten

27 Bezirk Mittelrhein; Kaderfragen 1922-1930, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 23, Bl. 68.

28 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 31.

29 Sozialistische Republik, Köln, Nr. 66, 19.3.1929.

augenblicklich am meisten der Stütze bedürfen.“³⁰ Nach langem Hin und Her mußte sich die Redaktion bequemen, eine Berichtigung aufzunehmen, aus der hervorging, daß an der Behauptung, Richard Creutzburg habe an Geheimorganisationen teilgenommen, die sich den Kampf gegen die KPdSU und die Sowjetunion zum Ziel setze, kein wahres Wort war. Aus dem kläglichen Kommentar der Redaktion ging hervor, daß die Bezirksleitung sich die ganze Geschichte aus den Fingern gesogen hatte, um Richard zu „erledigen“. Man versuchte, sich damit herauszureden, unter „Geheimorganisation“ sei Fraktionsbildung verstanden worden. Dem stand jedoch die Feststellung der Rayonkommission der KPdSU gegenüber, daß man Genossen Creutzburg keinen Disziplinbruch und keine Fraktionsarbeit vorwerfen könne, daß er lediglich wegen seiner Einstellung zu Fragen der KPD ausgeschlossen wurde.

Nach seiner Rückkehr aus Moskau hatte Richard offensichtlich seinen Vater Alfred Creutzburg und die Stiefmutter Laura sowie seinen Bruder Ernst und dessen Frau Gerda in Wiesdorf/Leverkusen besucht und über seine Moskauer Erlebnisse und Erkenntnisse berichtet. Von Köln nach Wiesdorf, auf die andere Rheinseite, war es nicht weit. Alfred Creutzburg war eine Zeit lang Abgeordneter der KPD im Stadtparlament von Wiesdorf gewesen und hatte sich dort mit dem Nazi Robert Ley manches Rededuell geliefert.

Richards Bruder Ernst war Politleiter der Ortsgruppe Wiesdorf der KPD und wurde im April 1928 als Kommunist aus dem Baugewerksbund [der Gewerkschaft der Bauarbeiter] ausgeschlossen.³¹ Ernst hatte noch Anfang März 1929 die Festveranstaltung der KPD-Ortsgruppe als deren Politleiter zum Internationalen Frauentag geleitet. Er wurde in der „Bergischen Arbeiterstimme“, der Zeitung der KPD für den Kreis Solingen, am 12. März 1929 noch lobend erwähnt, weil er bei der Ortsausschußsitzung des ADGB in Wiesdorf zusammen mit anderen Kollegen scharf gegen die Vertreter der Betriebsleitung polemisierte. Aber danach war in der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu lesen: Die Außerordentliche Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Niederrhein habe beschlossen, den mit der Brandlergruppe in engster Verbindung stehenden und durch seine zersetzende Tätigkeit in der I.A.H. bekannten Albert Knöpfle sowie den unter seinem Einfluß stehenden Ernst Creutzburg aus der Roten Hilfe auszuschließen.³² Mit diesem Beschluß wurden neben dem Vater die Stiefmutter und die Frau des Bruders Ernst, die bei der Wahl von Ernst zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Wiesdorf der RH für ihn gestimmt hatten, und weitere sechs Genossen ausgeschlossen und so ein „Nest der Opposition liquidiert“. Albert Knöpfle aus Wiesdorf war zur gleichen Zeit wie Richard Creutzburg in Moskau gewesen. Kurz vor Richards Hinauswurf hatte man am 3. September 1928 Monden und Knöpfle als „Rechte“ von der Leninschule abberufen.

Wie es in der Wahlbekanntmachung zur Wahl der Stadtverordneten von Wiesdorf hieß, haben der Schornsteinfeger Albert Knöpfle und der Bauarbeiter Ernst Creutzburg zur Stadtverordnetenwahl von Wiesdorf am 17. November 1929 im Wahlvorschlag Nr. 22, Kommunistische Opposition, kandidiert. In der KPD-

30 Ebenda.

31 Siehe Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Nr. 98, 26.4.1928.

32 Siehe Bergische Arbeiterstimme, Solingen, Nr. 108, 10.5.1929.

Zeitung für den Kreis Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ wurden beide ständig angegriffen und als „Renegaten“, die mit Schimpf und Schande aus der KPD ausgeschlossen worden seien, verunglimpft.

Aktiv in der KPD-O

Nach seinem Ausschluß aus der KPD wurde Richard Mitglied der KPD-Opposition. Im Jahre 1929 publizierte Richard zwei Artikel in der Zeitung der KPD-O „Gegen den Strom“ unter dem Pseudonym Richard. In Nr. 23 vom 8. Juni 1929 ging es um „Die Lehren der englischen Wahlen“ und in der Sonderbeilage Nr. 8 vom Juli 1929 um „Die Grundlagen des Konflikts zwischen China und der Sowjet-Union“.

Im Artikel über die Lehren der englischen Wahlen, die mit einem Sieg der Labourparty geendet hatten, zeigte er, daß die Einschätzung der Weltlage durch den VI. Kongreß der Komintern falsch war (dort war von einem in allernächster Zukunft ausbrechenden Krieg die Rede). Er prognostizierte, daß die Labourregierung die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufnehmen, die Annäherung an die USA und Deutschland suchen und von Frankreich abrücken werde. Die wichtigste Lehre sei jedoch, daß die Komintern die Situation falsch eingeschätzt habe. Der KI habe man zwei Jahre lang vorgegaukelt, wie rapid der Einfluß der KP Englands gewachsen sei, die Kommunistische Partei Englands sei jedoch noch sehr weit davon entfernt, eine Massenpartei zu sein. Diese Fehler gelte es zu korrigieren.

Im Artikel zum Konflikt China – Sowjetunion erläuterte er die Hintergründe, die Tschiang-Kai-shek veranlaßten, die Mandschurische Eisenbahn zu beschlagnahmen, und zum Konflikt mit der Sowjetunion führten, in der Hoffnung, die USA, England und Japan würden ihn gegen den „Roten Imperialismus“ unterstützen. Tschiang hatte den 1924 mit der Sowjetunion darüber geschlossenen Vertrag zu einem ungleichen imperialistischen Knebelvertrag erklären lassen. Das war letztlich das Ergebnis des Bruchs, den Tschiang am 15. Juli 1927 mit der KP Chinas und der Sowjetunion herbeiführte, die ihn nach dem Tode Sun-Yat-Sens (12.3.1925) unterstützt hatten. Zehntausende Kommunisten hatte er töten lassen und erklärte, nunmehr sei der Hauptpunkt seiner Regierung nicht mehr der Kampf gegen die imperialistische Fremdherrschaft (weißer Imperialismus), sondern für eine starke zentrale Regierung, die dem Land Frieden und Wohlstand bringen solle. Richard entlarvte auch die plötzlich entbrannte Liebe der SPD zu Tschiang, die sie erst entdeckte, als Tschiang sich gegen die KP Chinas und die Sowjetunion wandte.

Aus einem Bericht an die Bezirksleitung der KPD Mittelrhein wissen wir: „...8.11.1929 Bericht von der Versammlung der Brandlergruppe in Köln am 23. Oktober 1929: Creutzburg [Richard], der in Köln der Hauptorganisator der Brandlergruppe ist, wurde für die Reichsleitung bestimmt.“³³ Der berichtende Genosse hatte gut aufgepaßt. Tatsächlich wurde Richard auf der 2. Reichskonferenz der KPD-Opposition am 19./20. Oktober 1929 in Weimar mit in die 19-köpfige Reichsleitung gewählt, gehörte aber nicht dem engeren Kreis der elf Führenden an.

33 Bezirk Mittelrhein; Innerparteiliche Auseinandersetzungen 1923-1929, SAPMO, RY 1/I 3/ 21/ 22, Bl. 35.

Dies waren Heinrich Brandler, August Thalheimer, Jacob Walcher, Paul Frölich, Albert Schreiner, August Enderle, Erich Hausen, Werner Jurr, Paul Böttcher, Hans Tittel und Erna Halbe.

In der Zeitung der KPD-Opposition „Klassenkampf“, Düsseldorf, hat Richard im Juni 1930 einen weiteren Artikel über „Die Lehren der englischen Wahlen“ veröffentlicht. Darin kam er zu dem Ergebnis, die wichtigste Lehre der englischen Wahlen sei, daß die KI nicht nur die internationale, sondern auch die englische Lage falsch eingeschätzt hatte. Die isolierte Lage der KP Englands sei durch die Wahl bewiesen worden, da die 25 Kandidaten der KP von den 22 Millionen Stimmen ganze 50.000 bekommen hatten. Wenn die KP Englands weiter nach den Beschlüssen des 6. Kongresses der KI und des 4. Kongresses der Profintern handelte, werde sie sich weiter von den Massen isolieren. Eine falsche Einschätzung der Situation führe zu falscher Taktik, die die kommunistische Bewegung in allen Ländern zu Grunde richte. Eine intelligente internationale Führung sei nicht möglich, wenn die geringste Andeutung unabhängigen Denkens verboten werde, und diejenigen, die den Mut zu einer eigenen Überzeugung haben, beseitigt würden. Die Taktik, die zur Bildung von neuen Gewerkschaften führe, sei in jedem der alten kapitalistischen Länder katastrophal.³⁴

Mit seinen Freunden Erich Sander und Hans Schoemann traf er sich in einem gepachteten Eisenbahnwaggon an der Agger, der bis 1930 als Büro, Aufenthaltsraum, Treffpunkt und Zufluchtsstätte genutzt wurde. Sander und Schoemann hatte man schon vor Richard, am 3. Januar 1928, aus der KPD ausgeschlossen.³⁵

Mit der Einstellung der verschiedenen regionalen Zeitungen der KPD-O, wie z. B. „Der Klassenkampf“ in Düsseldorf, zugunsten der Tageszeitung „Arbeiterpolitik“ wurde es für Richard schwieriger, den Unterhalt für die Familie zu verdienen.

Der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ war immer unzufriedener mit der Politik der SPD-Koalitionsregierung Müller geworden, die seine Forderungen nach Lohnabbau, Reduzierung der Sozialversicherung, Senkung der hohen, Erhöhung der niederen Steuern und der Verbrauchersteuern nicht erfüllt hatte. So wurde der Ruf nach Ersetzung der Demokratie durch ein unternehmerfreundliches, parlamentfreies Verordnungsregime immer lauter und im März 1930 mit dem ersten Brüningkabinett realisiert. Die Wahlen am 14. September 1930 waren ein weiterer Schritt auf dem Weg zum faschistischen Staat. Im Hauptausschuß des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ hatte Fritz Thyssen am 27. November 1930 für eine Einbeziehung „aller nationalen Kreise“ angesichts des von ihm begrüßten Nazi-Wahlerfolgs plädiert. Dort war zum ersten Mal ein Reichskanzler,

34 Siehe Klassenkampf, Düsseldorf, Organ der KPD (Opposition), 2.6.1930, Ausgabe Nr. 6.

35 Erich Sander, Sohn des bekannten Fotografen August Sander, wurde von der Gestapo verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte antifaschistische Flugblätter vervielfältigt. Im Zuchthaus Siegburg starb Erich Sander 1944 an einem Blinddarmdurchbruch. Der SS-Gefängnisarzt behandelte ihn nicht und ließ Sander elend sterben.

Brüning, aufgetreten und hatte damit deutlich gemacht, wo sich seine Regierungsbasis befand.³⁶

Bei den Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930 gelang der KPD zwar ein Stimmenzuwachs, sie erreichte 4 590 160 Stimmen, das entsprach 13,1 %, sie wurde aber von der NSDAP auf den dritten Rang verdrängt. Die Nazis erhielten 6 379 672 Stimmen, das entsprach 18,3%, damit wurden sie die zweitstärkste Partei im Reichstag mit 107 Abgeordneten. Im Jahre 1928 hatten sie lediglich zwölf Abgeordnete. Die faschistischen Parolen zeigten auf dem Boden der wachsenden Verunsicherung breiter Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums Wirkung. Man strapazierte den Revolutionsbegriff, den auch die Nazis als „Nationale Revolution“ ausgiebig gebrauchten, proklamierte gegen die Weimarer Republik die Ablehnung der „Inflationsbourgeoisie“ und der „Novemberverbrecher“, die „kaiserlose, schreckliche Zeit“ sowie die gegenwärtigen „Errungenschaften der äußeren Knechtschaft und der inneren Mißwirtschaft“. Natürlich spielte die wachsende Arbeitslosigkeit eine entscheidende Rolle, die mit sechs Millionen Arbeitslosen im Jahre 1932 einen traurigen Rekord erreichte. Nicht zu vergessen die seit Mitte der zwanziger Jahre der NSDAP reichlich zufließenden Gelder aus dem Fonds des „Bergbaulichen Vereins“ und der Gruppe Eisen „Nord-West“, initiiert von Kirdorf und Thyssen.

Die KPD-O äußerte sich zu den Wahlen im September 1930 wie folgt: Der Wahlerfolg der KPD am 14. September 1930 sei keineswegs ein Beweis für die Richtigkeit der taktischen Linie. Der Wahlerfolg der KPD werde weit überflügelt von dem des Faschismus. ...Bei richtiger Politik hätte die KPD die Sozialdemokratie vernichtend schlagen und den Aufschwung nehmen müssen, den die Faschisten genommen haben. Der Aktionsradius der KPD sei weit kleiner als ihr Wählerkreis.

Bei verschiedenen Wahlen nach dem 14. September hatte die KPD Stimmenverluste im Vergleich zu den Ergebnissen der Reichstagswahl erlitten, während die Nationalsozialisten zum Teil weitere Gewinne aufwiesen (Gemeindewahlen in Baden, Bürgerschaftswahl Bremen). Der ultralinke Kurs sei in letzter Zeit weiter verschärft worden, insbesondere durch die Wirkung der Illusion, als ob die Wahlen die Richtigkeit der taktischen Linie der Parteiführung bestätigt hätten. Dies komme zum Ausdruck a) in der nunmehr offen betriebenen Gründung eigener Gewerkschaften und der Fortführung der Spaltungspolitik in den anderen proletarischen Massenorganisationen, b) in der nationalbolschewistischen Agitation, c) in dem Führerkultus und der weiteren Einschränkung der Rechte der Mitglieder, d) in der Kommunalpolitik (Parole des Steuerstreiks, Helferdienste für die bürgerliche Reaktion usw.).³⁷

Nach der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 10. April 1932 und der Bildung der Regierung Papen im Juni 1932 beschleunigte sich die Entwicklung zur Diktatur. Die Reichswehrführung, seit der Republikgründung Staat im Staate, hatte die politischen Schlüsselstellungen unterwandert und die Republik zu ihrem

36 Siehe Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1971 (5. Auflage), S.339.

37 Siehe Gegen den Strom, Nr. 49, 6.12.1930.

Appendix mit dem Papen/Schleicher-Kabinett degradiert. Mit der präsidentialen Notverordnung vom 20. Juli 1932, nach § 48 der Weimarer Verfassung, wurden die „Reichsexekution“ gegen Preußen und die Einsetzung des Reichskanzlers Papen als Reichskommissar und damit der Staatsstreich im größten deutschen Lande vollzogen. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 brachte der NSDAP 37,8 % der Stimmen und damit 230 Mandate im Reichstag. Die SPD mußte Verluste hinnehmen, ihr Anteil sank auf 36,5 % der Stimmen, während die KPD ihren Stimmenanteil auf 14,6 % steigern konnte.

Die deutsche Wirtschaft hatte ihre Forderungen für die Regierungsumbildung in eine Denkschrift an den greisen Hindenburg gefaßt; ein wirtschaftspolitisches Programm von absoluter Einseitigkeit, das vor allem auf die Ersetzung parteimäßig bestimmter Beamter durch „sachverständige Kräfte“, auf eine Revision der Tarifverträge anstelle „bolschewistischer Gleichmacherei“, auf einen weitgehenden Abbau der Sozialversicherung, auf Senkung der Zinssätze und Revision der Osthilfe, auf Rettung der Währung durch „Herabminderung der Unkosten in Löhnen, Steuern, sozialen Lasten usw.“ abzielte.³⁸ Der Ruck nach rechts führte über die Regierung Schleicher direkt zur Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 und damit zur faschistischen Diktatur.

Richard fand seit 1932 als Redakteur keine Arbeit mehr, war ständig arbeitslos, fand lediglich ab und an eine Gelegenheitsarbeit und war mit seiner Frau Maria oft am Verhungern. Seine materielle Lage war ab 1933 hoffnungslos.

Er wurde am 8. August 1936 von den Nazis ermordet und von der Mülheimer Rheinbrücke in den Rhein gestürzt.³⁹ In Düsseldorf, wo man ihn fand, wurde er beigesetzt und der Vorfall als Selbstmord deklariert. Die faschistische Polizei war an der Aufklärung der Tatsache, wie ein ausgezeichnete Schwimmer ertrinken konnte, nicht interessiert, um so mehr, da es sich um einen bekannten Kommunisten handelte. Er hat zwei Söhne, Rudolf (geb. 16.2.1928) und Erwin (geb. 22.10.1936) und eine Tochter Leni (geb. 13.10.1934) hinterlassen.

„Der Internationale Klassenkampf“ - Zeitschrift der oppositionellen kommunistischen Parteien -, schrieb in seinem Nachruf im November 1936: Auch Richard Creutzburg sei ein Opfer des Hitlerfaschismus, auch wenn er nicht direkt von der Gestapo ermordet wurde...

38 Siehe Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S.387.

39 Nach Auskunft von Gerda Creutzburg, Köln, einer Schwiegertochter von Richard Creutzburg, die diese Information von ihrer 1999 verstorbenen Schwiegermutter Maria Creutzburg erhielt.